

# Schwindender Rückenwind

## Studie: Die Zustimmungswerte für erneuerbaren Energieprojekte sinken

Angesichts immenser Teuerungen auf allen Ebenen verlieren Maßnahmen für den Klimaschutz in der österreichischen Bevölkerung an Priorität. Das zeigt eine aktuelle Studie von WU Wien, Deloitte Österreich und Wien Energie. Demnach ist die Unterstützung für erneuerbare Energieprojekte abgeflacht und auch der ohnehin stotternde E-Auto-Markt verzeichnet hierzulande ein rückläufiges Interesse.



**WU**  
WIRTSCHAFTS  
UNIVERSITÄT  
WIEN VIENNA  
UNIVERSITY OF  
ECONOMICS  
AND BUSINESS

**Deloitte.**

## Erneuerbare Energien in Österreich 2024

Der jährliche Stimmungsbarometer  
der österreichischen Bevölkerung zu  
erneuerbaren Energien

**WIEN ENERGIE**  
WIENER STADTWERKE GRUPPE

Im Rahmen einer repräsentativen Umfrage erheben die WU Wien, Deloitte Österreich und Wien Energie jährlich die Einstellung der Österreicherinnen und Österreicher zu erneuerbaren Energien. Die diesjährige Studie unter rund 1.000 Befragten offenbart nun erste Ermüdungsscheinungen bei diesem Thema. Der Klimawandel wird zwar nach wie vor als zentrales Problem in den kommenden zwei Jahrzehnten gesehen, es zeichnet sich aber eine zunehmend kritische Haltung ab – vor allem gegenüber Energieprojekten in der Nähe des eigenen Wohnortes.

„Wir sehen, dass die Zustimmungswerte für Windkraftprojekte im eigenen Umfeld auf unter zwei Drittel gesunken sind. Und auch die eigentlich sehr beliebte Photovol-

taik erreicht mit 83 % den niedrigste Akzeptanzwert seit Beginn der Studienreihe – das ist ein besorgniserregendes Ergebnis“, betont Nina Hampl, Studienautorin an der WU Wien.

### SCHWINDENDER RÜCKENWIND FÜR GEPLANTE VERBOTE

Die getrübbte Stimmung zeigt sich auch in einem Rückgang der Unterstützung für energie- und klimapolitische Maßnahmen: Während im Vorjahr noch 66 % der Österreicherinnen und Österreicher befürworteten, dass der Gesamtstromverbrauch bis 2030 aus 100 % erneuerbaren Energiequellen gedeckt werden soll, sind es aktuell nur mehr 55 %. Und lediglich ein Drittel der Befragten spricht sich für ein generelles Verbot von Gasheizungen ab

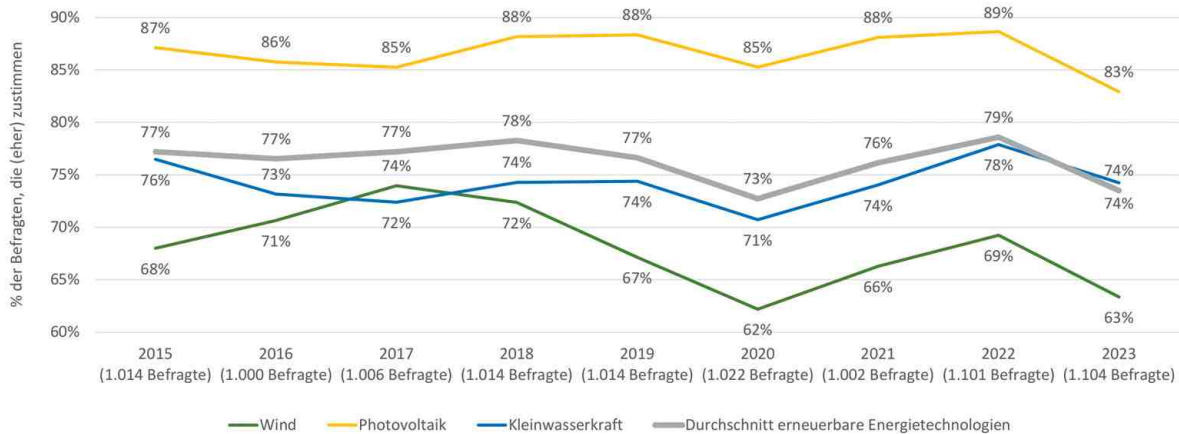
2040 beziehungsweise Ölheizungen ab 2035 aus.

„Die Österreicherinnen und Österreicher sind immer weniger dazu bereit, für die Energiewende persönliche Veränderungen hinzunehmen. Zwei Drittel sind dementsprechend der Meinung, dass mehr auf Anreize statt auf Verbote gesetzt werden sollte“, ergänzt Nina Hampl.

Nichtsdestotrotz liegt Energiesparen weiter im Trend. Fast die Hälfte (47 %) setzt in diesem Zusammenhang auf eine Verhaltensänderung – und der Großteil davon will diese auch in den kommenden 12 Monaten beibehalten. Grund dafür sind aber auch hier weniger Umweltaspekte, sondern vor allem der Kostenfaktor.

## Die Akzeptanz von erneuerbaren Energieprojekten in Österreich geht deutlich zurück

Entwicklung der Zustimmung zu einem erneuerbaren Energieprojekt in (der Nähe) der Gemeinde (Entwicklung 2015-2023)



6

### E-AUTO-MARKT KOMMT NICHT IN DIE GÄNGE

Doch nicht nur die Energiewende, auch die Mobilitätswende verläuft hierzulande schleppend. So hat das Kaufinteresse an E-Autos nach jahrelanger Stagnation nun sogar abgenommen. Vor allem die zu geringe Reichweite und die hohen Anschaffungskosten sprechen laut den Befragten gegen ein Elektroauto. Insbesondere bei den unter 40-Jährigen ist das Interesse gesunken. „Die Etablierung des E-Autos geht nur schleppend voran, obwohl es mittlerweile schon ein breites Angebot gibt. Gerade für die jungen Generationen wirkt der Kostenfaktor noch zu abschreckend“, so Gerhard Marterbauer, Partner bei Deloitte Österreich.

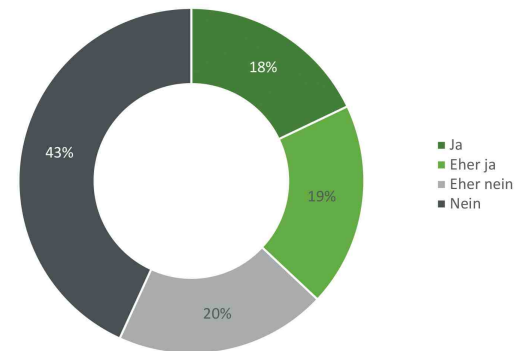
Die Top-Gründe für die Anschaffung eines Elektroautos sind in erster Linie finanzieller Natur. Die geringen Betriebskosten und die öffentlichen Förderungen stehen laut Studie an oberster Stelle. Nachhaltigkeitsbezogene Argumente wie emissionsfreies Fahren, die Unabhängigkeit von fossilen Kraftstoffen und der Umweltschutz haben hingegen im Vergleich zum Vorjahr an Überzeugungskraft verloren. „Die Umfrage zeigt klar, dass sich öffentliche Förderungen positiv auf die Kaufentscheidung auswirken. Das ist ein zentraler Hebel, um den Ausbau nachhaltiger Mobilität in Österreich voranzutreiben – und sollte unbedingt beibehalten werden“, betont Gerhard Marterbauer.

### TEUERUNGEN BREMSEN FORTSCHRITT AUS

Auch beim Thema nachhaltige Wärmeversorgung tritt Österreich auf der Stelle. So hat sich der Anteil von fossilen Energieträgern wie Erdgas oder Heizöl im Vergleich zum Vorjahr im privaten Wohnbau nach Angabe der Befragten kaum verändert. Immerhin der Trend zur Installation einer Photovoltaikanlage setzt sich weiter fort: Über die Hälfte der Anlagen wurde innerhalb der vergangenen zwei Jahre installiert.

„Die Wärmewende wird eine der zentralen Herausforderungen in naher Zukunft, doch laut Umfrage verlangsamen auch hier die aktuellen Teuerungen den wichtigen Fortschritt. Es wird sich zeigen, wie sich die bereits präsentierten Förderungen hier in den nächsten Monaten auswirken“, erklärt Michael Strebl, Vorsitzender der Geschäftsführung der Wien Energie. „Erfreulich ist jedenfalls, dass die Bereitschaft der Österreicherinnen und Österreicher, sich an Bürgerprojekten zur Nutzung erneuerbarer Energien zu beteiligen, weiter leicht zunimmt.“

Auch das Interesse an Energiegemeinschaften ist weiter hoch. Knapp die Hälfte der Befragten kann sich eine Beteiligung vorstellen. Jeder und jede Zehnte gibt sogar an, bereits an einer Energiegemeinschaft beteiligt zu sein. Der finanzielle Anreiz ist hier ebenfalls ausschlaggebend. „Wir sehen, dass die Themen Klimaschutz,



808 Befragte, die angeben, dass die Installation einer (weiteren) Photovoltaikanlage auf ihrem Haus bzw. Wohngebäude nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt (> 12 Monate) geplant ist.

Leistung und Versorgungssicherheit eng zusammenrücken. Der Kostenfaktor ist gerade im aktuellen wirtschaftlichen Umfeld für die Bevölkerung entscheidend. Der Weg `raus aus Gas´ und damit in eine umweltfreundliche und auch preisstabilere Zukunft kann nur gelingen, wenn wir alle auf diesem Weg mit- und die Sorgen ernstnehmen“, so Strebl abschließend.

Bilder: Deloitte